

Neues Umlageverfahren zur Lohnfortzahlung treibt Arbeitskosten in die Höhe

Berlin - Die seit Jahresbeginn ausgeweitete Umlage zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sorgt in der Wirtschaft für Ärger. Die "Zwangsversicherung" habe die Lohnzusatzkosten um mindestens ein Prozent in die Höhe getrieben, sagte der Bundesvorsitzende der Wirtschaftsunioren Deutschland (WJD), German Drechsler, der WELT. Die Neuregelung sei zudem nicht nur teuer, sondern auch bürokratisch.

Nach dem "Gesetz über den Ausgleich von Arbeitgeberaufwendungen" werden seit dem 1. Januar nicht mehr nur Arbeiter und Auszubildende, sondern auch Angestellte in das Umlageverfahren der Krankenkassen einbezogen. Zudem sind nun alle Unternehmen bis zu 30 Mitarbeitern verpflichtet, gegen eine Erstattung von 60 bis 80 Prozent der Lohnkosten im Krankheitsfall an dem Verfahren teilzunehmen. Bislang galt dies nur für Betriebe mit bis zu 20 Mitarbeitern.

Anzeige:



"Die jetzt vorliegenden Sätze der Krankenkassen bewegen sich zwischen 0,1 und 3,3 Prozent des sozialversicherungspflichtigen Bruttogehalts", sagte Drechsler. Die Höhe des allein vom Arbeitgeber zu zahlenden Beitragssatzes hängt von der jeweiligen Krankenkasse ab, bei der der Arbeitnehmer krankenversichert ist. "Selbst bei vorsichtigster Schätzung" betrage die durchschnittliche Erhöhung der Lohnzusatzkosten "mindestens ein Prozent", unterstrich der Verbandschef. "Nimmt man die Bürokratiekosten hinzu, schafft die Umlage eine deutliche Mehrbelastung gerade für kleinere Unternehmen." Das Verfahren bedeutet für die Betriebe erhebliche Verwaltungsarbeiten. Da die Mitarbeiter nach Wochenstunden angerechnet werden, müssen beispielsweise auch Betriebe mit 60 Mitarbeitern, die jeweils 18 Wochenstunden arbeiten, mitmachen. Jede Krankenkasse hat zudem eigene Umlage- und Erstattungsätze.

Außerdem muß für jede Krankmeldung ein eigener Erstattungsantrag gestellt werden. "Kein Wunder, daß zur Umstellung weder die Krankenkassen noch die Softwareanbieter ausreichend vorbereitet waren", kritisierte Drechsler. Das Hauptproblem aber sei der Charakter der "Zwangsversicherung", kritisierte der Verbandschef. Die Unternehmen sollten selbst entscheiden dürfen, ob sie sich versichern wollen oder nicht. "Wenn sie mehr als 20 Mitarbeiter haben, wollen sie sicher nicht."

dsj

Artikel erschienen am 27.03.2006

[Artikel drucken](#)